

Einsparung entfallen. Was das Budget betrifft, so bezeichnet der Bericht es als gewiß, daß die Rechnung für das Jahr 1907 ohne Festbetrag abschließen wird. Die sogenannte Kronomäne ist wie alle übrigen Gebiete der Souveränität des unabhängigen Staates und seinem Befehl ausnahmslos unterworfen. Nach der Angliederung des Kongostaates an Belgien würde also im Kongogebiet kein anderes Hoheitsrecht bestehen als dasjenige Belgiens.

Die liberalen Parteien lehnen den Vertrag ab. Sie erklären (19. Dez.), daß Belgien kraft der Abmachung vom 3. Juli 1890 und des Befehls vom Jahre 1901 ein absolutes und bedingungsloses Recht auf den Kongostaat habe, daß die Kongoverträge die belgische Souveränität in der Kolonie aber verkenne und die liberalen Parteien der Kammer die von der Regierung anerkannten Rechte Belgiens auf den Kongostaat zu wahren wissen werden. Die jetzigen Bedingungen seien unannehmbar. — Ebenso lehnen die Sozialdemokraten und etwa ein Duzend Liberale unter Vermaerckts Führung die Verträge ab. — Die Presse erwartet einen Konflikt zwischen König und Parlament, weil der König weitere Konzessionen nicht machen wolle.

31. Dezember. (Brüssel.) Der Ministerpräsident de Trooy †.

## XII. Niederlande.

4. Februar. Verfassungsrevision.

Die Staatskommission für die Revision der Verfassung schlägt in ihrem Berichte vor, daß Kinder des Herrschers, die nach seiner etwaigen Abdankung geboren werden, von der Thronfolge ausgeschlossen und daß die Generalstaaten ermächtigt werden, Vorkehrungen für die Thronfolge zu treffen und, wenn nötig, Änderungen an der Thronfolge vorzunehmen. Ferner wird in dem Berichte die Ausnahme folgender Bestimmungen in die Verfassung vorgeschlagen: Erfordernis der Zustimmung der Generalstaaten zu allen Verträgen, Ermöglichung einer proportionalen Vertretung und der Wählbarkeit der Frauen, gleiche Bedingungen für die Wählbarkeit zur Ersten oder Zweiten Kammer, Amendementrecht der Ersten Kammer, ausgenommen bezüglich des Budgets.

9. Februar. (Erste Kammer.) Ablehnung des Kriegsbudgets.

Die Kammer verwirft nach dreitägiger Debatte mit 37 gegen 17 Stimmen das Kriegsbudget, weil der Kriegsminister den verlängerten Dienst der Miliztruppen, der nach den ersten Übungen stattgefunden hat, abgelehnt hat. — Die Maßnahme wurde heftig bekämpft von mehreren Rednern, die sie als unheilvoll für den militärischen Geist und den Wert der Armee, als gefährlich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande und für den Schutz der Grenzen im Fall einer Mobilisierung bezeichneten. — Am 12. reicht bezüglich des Kabinetts seine Entlassung ein.